

*Gar firdaus bar rue zamin ast
Hamin ast, hamin ast, hamin ast!
(Wenn es ein Paradies auf Erden gibt, dann
ist es dies, ist es dies, ist es dies).*

Jahangir (17. Jhdt.) über Kashmir in Persisch

*Ferishte agar ayen to ijatat se ayen.
Yeh mera watan hai, koi jannat nahin.
(Selbst wenn Engel kommen, sollten sie mit
einer Bewilligung kommen. Dies ist mein Land
und nicht das Paradies).*

Zeitgenössischer, anonym, kashmirischer Poet

Kashmir nach den Assembly-Wahlen:

Ist der Weg in die Unabhängigkeit zu Ende?

von Gerhard Emmer

Der "Erdrutschsieg" der 'National Conference' Partei bei den Assembly-Wahlen des Bundesstaates Jammu & Kashmir (J&K) im Herbst 1996 hat eine neue Ära eingeleitet. Abdullah Farooq, der seine 4. Amtsperiode als 'chief-minister' antritt, möchte mit seiner neuen Regierung nicht nur den Kashmir aus den blutigen Unruhen der letzten 7 Jahre herausführen, sondern auch ein Maximum an Autonomie, allerdings als Teil der indischen Union, erreichen. Die beiden Regionen Jammu und Ladakh sollen dabei weiterhin im Bundesstaat verbleiben, aber in ihrer Verwaltung autonom sein. Eine Volksabstimmung, die über eine weitere Zugehörigkeit zu Indien, einen Wechsel zu Pakistan oder auch über eine vollständige Unabhängigkeit (azadi) des Bundesstaates entscheidet, ist durch das neue Regierungsprogramm in weite Ferne gerückt. Kurz nach der Regierungserklärung hat sich bereits der erste Widerstand geregt. Eine Analyse der bestehenden Situation ist Gegenstand dieses Artikels.

Der 9. Oktober 1996 kann wohl als historischer Tag für Kashmir gewertet werden. Was noch vor einem Jahr als unmöglich galt und im Mai dieses Jahres nach dem Boykott der Wahlen zur 'Lok Sabha' (Unterhaus des indischen Parlaments) durch die 'National Conference' Partei (NC) noch als unwahrscheinlich angenommen wurde, ist Realität geworden. In Kashmir konnten erstmals seit 1987 wieder freie Wahlen durchgeführt werden, die einen unerwartet hohen Sieg der NC, der bedeutendsten lokalen Partei, die ausschließlich in J&K vertreten ist, gebracht haben. Am 9. Oktober, dem Vereidigungstag der neuen Regierung, wurde schließlich mit Emotionen nicht gespart. In einer pathetischen Rede und unter Tränen der Rührung beschwor Dr. Abdullah Farooq die Zugehörigkeit Kashmirs zur indischen Union. Farooq wiederum wurde wie ein nationaler Held gefeiert. Die neue Regierung von Abdullah Farooq besteht aus insgesamt 27 Minister, davon 13 Kabinettsminister, 12 Staatsminister und zwei Abgeordnete, die alle auf die Verfassung Kashmirs vereidigt wurden.

Während die indischen Medien einstimmig den Wahlsieg der NC als Erdrutschsieg, der eine neue Ära in Kashmir einleitete, hochjubelten und einige Parteien ihre Unterstützung anboten (darunter BJP und die kommunistischen Parteien CPM und CPI), wurden aus anderen politischen Lagern, aber auch aus dem Volk, Stimmen laut, welche die

Wahlen als höchst unfair bezeichneten. So stellte der Vorsitzende der 'All Party Liberation (Hurriyat) Conference', Mirwaiz Mohammad Farooq, die Legitimität der Wahlen in J&K in Frage, während der Präsident der 'J&K Panthers Party', Bhim Singh, die Annullierung der Wahlen wegen Betrugs und massiver Manipulation forderte. Die Reaktionen aus dem benachbarten Pakistan, das seit 1947 einen Teil des früheren Kashmir, nämlich den von Pakistan als 'Azad Kashmir', von Indien hingegen meist als 'Pakistan Occupied Kashmir' (POK) bezeichneten Teil, besetzt hält, waren erwartungsgemäß negativ. Benazir Bhutto hat in einer Rede vor den Vereinten Nationen die Wahlen in Kashmir als "Schande" bezeichnet, die nur dazu dienen, den steigenden internationalen Druck zu zerstreuen. Die 'Organisation of Islamic Conference' (OIC) hat daraufhin eine Volksabstimmung für Kashmir gefordert.

Die NC hat bei den Assembly-Wahlen 1996 mit 57 von 87 Sitzen gewonnen und damit nur knapp die absolute Mehrheit (58 Sitze) verfehlt. Nach den Wahlen wechselten allerdings noch zwei gewählte Kandidaten der 'Independents' zur NC. Gegenüber dem Ergebnis der Wahlen im Jahre 1987 (40 Sitze), konnte die NC also noch deutlich zulegen. Bezogen auf die Zahl an abgegebenen Stimmen (55 Prozent Wahlbeteiligung laut India Today vom 30.09.1996) ist das Abschneiden der NC hingegen weni-

ger eindrucksvoll: Die NC gewann 34 Prozent aller Stimmen, die Congress Party 21 Prozent, während BJP und Janata Dal bei ca. 11 Prozent rangierten. Der "Kantersieg" der NC kommt allerdings nicht unerwartet. 1994 und 1995 hat es schon einige Gespräche zwischen dem damals amtierenden Ministerpräsidenten Narasimha Rao und Abdullah Farooq gegeben. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Deve Gowda hat Konzessionen in Hinblick auf eine Autonomie eingeräumt, denn sie war bemüht, gute Kontakte zu Abdullah Farooq aufzubauen. Farooq war nicht nur ein berechenbarer Faktor im Politpoker um das durch Unruhen geschüttelte Kashmir geworden, sondern auch ein willkommener Partner, um die Kräfte der BJP und der 'Congress(I) Party' zu schwächen. Eine Wahl, die zur Normalisierung der Verhältnisse in Kashmir führen würde, wäre vorbildlich für andere politisch labile Bundesstaaten der Union. Farooq hatte schließlich auch ausreichend Pluspunkte gesammelt, indem er als Sprecher Indiens auf der Konferenz für Menschenrechte der UNO, die im März 1994 in Genf stattfand, half, die von Pakistan getragene Resolution der Verurteilung des Vorgehens Indiens in Kashmir zu Fall zu bringen. Delhi hatte aus all diesen Gründen grünes Licht für eine weitere Amtsperiode des NC-Parteichefs gegeben. Daher konnte Abdullah Farooq, der sich nach seiner Abdankung im Januar 1990 bei seiner Familie in England auf-



Die Menschen Kashmirs sehnen sich nach Frieden (Foto: 'Frontline')

hielt, wie ein Phönix aus der Asche steigen und an die Schalthebel der Macht in Srinagar zurückkehren. Für die Übernahme der Regierungsgeschäfte mußte er allerdings erst die Wahlen gewinnen. Doch die Chancen dazu standen gut. Viele Kashmiri sehnten sich nach Frieden, Normalität und Jobs. Farooq war nach wie vor bei der Bevölkerung sehr beliebt und galt als Garant für politische Stabilität. Seine Wahlversprechen, wie der persönliche Einsatz für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser für 100.000 rückkehrwillige Emigranten, fielen auf fruchtbaren Boden. Gleichzeitig konnte er darüber hinwegtäuschen, daß seine früheren drei Amtsperioden immer vorzeitig endeten, und daß gerade unter seiner Regierung, trotz blühendem Tourismus, eine prekäre wirtschaftliche und soziale Situation entstand, die den Nährboden für militante Kreise bildete. Aufgrund guter persönlicher Kontakte zu ehemaligen Regierungsmitgliedern und einflußreichen Personen aus verschiedenen Gesellschaftskreisen, bis hin zur Familie des ehemaligen Maharajas Hari Singh, konnte er größere Wählergruppen für sich gewinnen. Durch geschickte Einbindung politischer Gegner, z.B. aus der BSP, konnte er sich die Unterstützung dieser Politiker sichern und dadurch vor allem der 'Congress Party' traditionelle Wählerschichten wegneh-

men. Die 'Congress Party' war in Kashmir ohnehin nicht allzu populär und seit den laufenden Ermittlungen gegen den früheren Premierminister Narashima Rao auf dem ganzen Subkontinent auf Talfahrt. Andererseits hatte Gouverneur Gen.a.D. Krishna Rao bereits im Herbst 1995 durch ein massives militärisches Vorgehen gegen militante Kreise gesorgt, daß diese entscheidend geschwächt wurden. Zahlreiche Anführer wurden dabei getötet oder aber hatten sich unter Zusicherung von Amnestie ergeben. Die kleinen Parteien wiederum hatten im Wahlkampf aufgrund des hohen Sicherheitsrisikos - nur wahlwerbende Kandidaten großer Parteien haben einen ausreichenden Polizeischutz bekommen - kaum Chancen, ihre Kandidaten in der Öffentlichkeit entsprechend zu präsentieren. Die 'All Party Hurriyat Conference' hatte schließlich die Wahlen überhaupt boykottiert. Ihre Vertreter wurden bei politischen Veranstaltungen, bei denen sie zum Wahlboykott aufforderten, von Polizeikräften attackiert und ihre Anführer während der Wahlen unter Arrest gehalten, um Zwischenfälle zu vermeiden. Um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu sichern, wurden die wahlberechtigten Personen aufgerufen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Zahlreiche Personen berichteten dabei vom Zwang, der von Seiten der

Armee und Polizei ausgeübt wurde, während diese Klagen in den Zeitungen heruntergespielt. Die Medien haben schließlich den Wahlausgang entsprechend ausgeschlachtet, indem sie die Bedeutung der Wahlen als historische Wende aufgebauscht und die Entschlossenheit und Überzeugung der Wähler auch angesichts der Drohungen militanter Kreise gepriesen haben. Nur ganz wenige Zeitungsartikel (z.B.: Downtown Srinagar indifferent to polls. Hindustan Times, 18.09.1996; oder: Gathering storm in J&K. The Northlines, 29.09.96) wichen von dieser Linie ab und vermittelten ein anderes Bild. Sie berichteten von Streiks und Ausgangssperren während den Wahlen sowie von einer wenig enthusiastischen Bevölkerung, die längst den Glauben an eine Änderung verloren hat.

Obwohl India Today die Wahlbeteiligung mit 55 Prozent angibt und als unerwartet hoch bezeichnet, darf nicht vergessen werden, daß nahezu die Hälfte der wahlberechtigten Personen den Wahlen ferngeblieben ist, während nur 34 Prozent der Wähler überhaupt die NC wählten. Diese Wähler haben wiederum den bereits vorprogrammierten und von der Zentralregierung gewünschten Wahlausgang bestätigt. Mit dem Wahlausgang in J&K hingegen war die 'United Front', welche derzeit die Zentralregierung

stellt, zufrieden, und Farooq seinerseits honorierte das Vertrauen Delhi's, indem er mit seiner NC der 'United Front' beitrug.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Mit der neuerlichen Wiederwahl zum 'chief minister' startet Abdullah Farooq seine 4. Amtsperiode. Abgesehen von einer 20 Monate dauernden Unterbrechung, während der G.M. Shah regierte und der 'direct rule' durch den Ministerpräsidenten (1989-1996), ist Farooq bereits seit 1982 an der Macht. Er folgte damit dem Vater, Sheikh Mohammed Abdullah, der wegen seines aufopfernden Eintretens für den kashmirischen Staat - er verbrachte für seine aufrechte politische Haltung immerhin insgesamt 18 Jahre unter Arrest - auch der Löwe von Kashmir genannt wurde. Dieser hatte schon zu Lebzeiten seinen Sohn Abdullah Farooq als Nachfolger nominiert. Aufgrund der überragenden Popularität seines Vaters konnte Farooq, trotz eines jahrelangen Aufenthalts in England, wo er seinen Beruf als Arzt ausübte, das Ministeramt übernehmen. Während Sheikh Mohammed Abdullah eine charismatische Persönlichkeit war, gilt Abdullah Farooq hingegen als Populist, obwohl ihm viele Medien mittlerweile ebenfalls charismatische Fähigkeiten zuschreiben, während sie ihn früher spöttisch wegen seiner unkonventionellen Lebensführung als Disco-Minister bezeichneten.

Seit 1948 lag die Führung von J&K, von einigen Unterbrechungen abgesehen, in den Händen einer einzigen Familie. Trotz Übernahme demokratischer Spielregeln blieben Familienherrschaft und Personenkult bestehen und damit die alte Tradition der Erblichkeit der Führungsposition. Aber nicht nur die Spitze ist gleichgeblieben, auch zahlreiche andere, seit langem bekannte Gesichter tauchen in der neuen Regierung wieder auf. So waren vier der 12 Staatsminister bereits in der 3. Amtsperiode Farooq's (1986-90) tätig. Dies hat auch Gouverneur Gen. a.D. Krishna Rao in einem Interview kritisch festgestellt und davor gewarnt, daß Korruption und Vetternwirtschaft leicht wieder einreißen könnten. Stimmen werden auch laut, die meinen, daß das 27 köpfige Kabinett für den Bundesstaat zu groß sei. Farooq hat sich seinen "Verbündeten" im Wahlkampf erkenntlich gezeigt und zwei seiner nicht-NC Freunde, nämlich Safdar Beg, Kandidat der CPM, und Iftikhar Hussain Ansari von der 'Congress Party', zum Minister ernannt. Um Spannungen auf kommunalistischer Ebene zu verhindern, hat er mehrere Hindus und zwei Buddhisten in sein Kabinett aufgenommen.

Wenn auch seine Regierung zahlenmäßig zu groß ist, so wird Farooq sich genötigt sehen, den hypertrophierten und wenig effizienten Staatsapparat abzuspecken, und dies, obwohl die 90.000 Arbeitslosen, die es derzeit in Kashmir gibt, gerade auf einen Job als Beamter hoffen.

Wenngleich die Lösung der wirtschaftlichen Probleme vorrangig ist, wird die Nagelprobe für die neue Regierung wohl in der Frage nach Autonomie liegen. Farooq hat nicht nur sein Wahlversprechen einzulösen, sondern er muß eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung finden. 30.000 - 50.000 Menschen haben in den letzten 7 Jahren durch die Unruhen ihr Leben verloren, und auch heute sterben noch täglich

mehrere Personen bei Bombenattentaten und Feuergefechten. Angesichts dieser Zahl an Opfern ist es wohl unmöglich, zu einer Situation, wie sie 1989 geherrscht hat, zurückzukehren.

Der Himmel ist die Grenze in der Autonomiefrage

Dieser Slogan wird mittlerweile in den Medien in Zusammenhang mit der Autonomiefrage immer wieder zitiert. Während Narashima Rao, der diesen Satz geprägt hat, allerdings kaum ein Zugeständnis machte, war die 'United Front' Regierung kompromißbereiter, indem sie selbst ein minimales Programm offerierte. Farooq mußte allerdings seine



Gestellt oder nicht? Militanter Überläufer mit seiner aus Rache getöteten Tochter (Foto: Meraj-ud.din)

Forderung nach Lösung der Autonomiefrage vor den Wahlen auf eine Lösung nach den Wahlen reduzieren. Während Farooq sich mit dieser Abmachung zufrieden gab, und die NC daher an den Wahlen teilnahm, war dies für die 'All Party Hurriyat Conference' nicht genug und Anlaß zum Boykott der Wahlen. Sie fürchtete, daß die Wahlen als eine ausreichende, demokratische Äußerung des Volkes für einen Verbleib in der Indischen Union interpretiert werden und daher eine von ihr geforderte Volksabstimmung über eine Unabhängigkeit, einen Verbleib bei Indien oder einen Anschluß an Pakistan, überflüssig sei. Tatsächlich gibt es in dieser Sache bereits einen Präzedenzfall: Premierminister Jawaharlal Nehru hat 1947 die Forderung des britischen Gouverneurs Lord Mountbatten nach einer Volksabstimmung für Kashmir zurückgewiesen, indem er erklärte, daß die Wahlen auch ein Test der Volksmeinung sind. Obwohl der Sicherheitsrat der UNO involviert wurde, der in seiner Resolution vom 21. April 1948 feststellte, daß es sowohl der Wunsch Indiens als auch Pakistans ist, die Angliederung von J&K an eines der beiden Länder durch eine Volksabstimmung zu entscheiden, kam es nie dazu. An eine Unabhängigkeit für J&K dachten die Mitglieder des Sicherheitsrates damals nicht. Trotz einer fast 50 jährigen Zugehörigkeit von J&K zu Indien, scheut auch heute die indische Regierung noch immer die Risiken einer Volksabstimmung und fürchtet sich vor einem möglichen Debakel, das wohl weitreichende Konsequenzen für die ganze Union hätte. Für Farooq und viele andere Politiker aber ist eine Volksabstimmung schon lange kein Thema mehr. Farooq hat auch mehrmals deutlich erklärt, daß er für eine möglichst uneingeschränkte Autonomie für J&K in der Union ist und gegen einen Separatismus. Ministerpräsident Deve Gowda wiederum hat ein Modell präsentiert, das mehr Föderalismus vorsieht. Die für Kashmir ausgehandelte Lösung soll dabei beispielhaft für die anderen Bundesstaaten sein.

Tatsächlich hatte Kashmir aber immer eine Sonderregelung, einschließlich des Rechts auf eine eigene Gesetzgebung durch den Artikel 370 der indischen Verfassung, über die kein anderer Bundesstaat verfügte. Im wesentlichen schränkte dieser Paragraph in seiner ursprünglichen Fassung vom 26. Januar 1950 die Macht des indischen Parlaments über die Gesetzgebung von J&K auf die drei Bereiche Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Kommunikation ein. Diese Abmachung war Grundlage für den Beitritt des nach Ende der britischen Kolonialherrschaft selbständigen Staates zu Indien. Obwohl In-

dien unter Nehru schon lange drängte, war die Vertragsunterzeichnung durch Maharaja Hari Sing im Oktober 1947 keineswegs freiwillig und sah auch nur einen temporären Beitritt vor. Dieser Schritt mußte getan werden, als die Invasion durch tribale Freischärler, die von Pakistan unterstützt wurden, ein Zuhilferufen indischer Truppen notwendig machte. Im Rahmen dieses Vertrages hat Nehru auch der geplanten Volksabstimmung zugestimmt. Doch die Autonomie hielt nicht lange und der Artikel 370 wurde zunehmend ausgehöhlt. Nach Verhaftung von Sheikh Abdullah in der Folge von Unruhen im Jahre 1953, wurden einschneidende Veränderungen durchgeführt. Die Legalität des Beitritts wurde festgeschrieben und J&K als Bestandteil Indiens erklärt. Der 'Supreme Court' schließlich erhielt die Befugnis der Rechtsprechung. Artikel 249, der das Zentrum ermächtigt, Gesetze für den Staat zu beschließen, und Artikel 356, der die 'direct rule' durch den Ministerpräsidenten ermöglicht, wurden implantiert und ein Gouverneur als Staatsoberhaupt nominiert. Um die Rücknahme dieser Punkte geht es also, wenn von einer Rückkehr zu einem 'pre-53 status' gesprochen wird.

Obwohl eine Kommission zur Klärung der Autonomiefrage eingesetzt werden soll, hat Farooq wohl längst erkannt, daß seine Forderung, zum 'pre-53 status' zurückzukehren, unerfüllt bleiben wird. BJP Präsident L.K. Advani warnte die NC eindringlich vor einem derartigen Schritt. Die BJP möchte am liebsten den Artikel 370 und damit auch den Sonderstatus abschaffen, denn er verbietet Personen, die nicht in Kashmir geboren wurden, das Recht auf Grundbesitz. Die Zentralregierung wiederum hat Angst, durch einen 'pre-53 status' Einfluß in J&K zu verlieren. Auf dem zweiten 'Inter-State Council meeting' in Delhi im Oktober 1996 hatten neben Farooq auch 'chief-minister' anderer Bundesstaaten die Abschaffung des Artikels 356 und den Abzug des Gouverneurs gefordert. Obwohl Premierminister Deve Gowda den Bundesstaaten mehr Macht durch Dezentralisierung versprochen hatte, wurde der Artikel 356 bisher nicht abgeschafft, sondern - um seinen Mißbrauch zu verhindern - eine Novellierung in Aussicht gestellt, die nach intensiver Diskussion im 'Inter-State Council' erfolgen soll. Die 'United Front' Regierung, die einerseits den Mißbrauch des Artikels 356 verhindern will, geht andererseits selbst sehr locker damit um. Innerhalb von vier Monaten zweimal, nämlich für die Bundesstaaten Gujarat und Uttar Pradesh, wurde durch den Gouverneur die 'direct rule' verhängt, nachdem der Artikel 356 in verfassungsmäßig bedenklicher Weise ausge-

legt wurde. Um den Vorwurf der Doppelzüngigkeit in diesem Punkt zu entgehen und den, nach ihren Worten, "kooperativen Föderalismus" mit entsprechenden Inhalten zu füllen, wird die Zentralregierung wohl weitreichendere, konstruktive Schritte in Richtung Dezentralisierung unternehmen müssen.

Wiedervereinigung - eine Utopie

In seiner jetzigen Form besteht der Bundesstaat J&K aus drei sehr unterschiedlichen Regionen: dem sogenannten 'Valley', manchmal kurz als Kashmir oder auch als indisches Kashmir bezeichnet, und den beiden Regionen Jammu und Ladakh. Die Bewohner der drei Regionen differieren nicht nur in ihrer ethnischen Zusammensetzung, sondern auch in der Zugehörigkeit der Mehrheit zu einer bestimmten Religion. Während diese Gruppen ursprünglich ziemlich konfliktfrei nebeneinander existierten, haben sich in den letzten Jahrzehnten Spannungen zwischen ihnen aufgebaut, die oft auch künstlich erzeugt wurden.

Die Buddhisten Ladakh's haben nach Unruhen im Jahre 1989 den 'Scheduled Tribe Status' erhalten, während dem buddhistisch dominierten Distrikt Leh 1995 eine Teilautonomie in Form des 'Ladakh Autonomous Hill Council' zugestanden wurde. Auf Drängen der Moslems im Distrikt Leh wurde ihnen Ende Oktober 1995 schließlich auch der 'Scheduled Tribe Status' zuerkannt. Während die Repräsentanten des 'Hill Council's' ausschließlich der 'Congress Party' angehören, gingen bei den Assembly-Wahlen drei der vier Sitze in Ladakh an NC Kandidaten. Nur in Leh bekam der Vertreter der 'Congress Party' die Mehrheit der Stimmen. Abdullah Farooq, der bemüht ist, die nach Unabhängigkeit vom Bundesstaat strebenden Regionen Jammu und Ladakh möglichst fest zu integrieren, hat durch geschickte Einsetzung der Minister erreicht, ein Maximum an Einfluß zu erhalten und dennoch die Macht dieser Minister in der 'Assembly' zu begrenzen. In Ladakh konnte er dies durch die Vergabe von 2 nicht allzu bedeutenden Ministerien (Ministerium für Planung an Kushok Togdan Rinpoche - Oberlama von Phyang - und Ministerium für Sport an Tsetsang Namgyal - Kandidat des Nubratsals) erreichen und dadurch auch vermutlich den in der Bevölkerung ohnehin nicht allzu beliebten 'Hill Council' schwächen. Während Farooq für regionale Autonomie, also für eine Föderation innerhalb der Föderation ist und daher auch den 'Hill Council' bestehen lassen will, ist Gouverneur Krishna Rao einen Schritt weitergegangen und hat in einem Interview die Abschaffung dieser



Abseits aller Unruhen: Idylle am Dalsee (Foto: Gerhard Emmer)

"überflüssigen" Verträge gefordert.

1947 wurde Kashmir als Folge der Invasion tribaler Freischärler zwischen Indien und Pakistan entlang der Waffenstillstandslinie geteilt. Die Wiedervereinigung der beiden mehrheitlich muslimischen Teile, nämlich des 'Valley' mit 'azad Kashmir' (POK) ist Ziel der 'All Party Hurriyat Conference'. Farooq hingegen hat sich von der Idee eines wiedervereinigten Kashmirs verabschiedet. Dafür will er die drei Regionen zu einer nationaler Einheit auf bundesstaatlicher Ebene zusammenschweißen. Im Zuge von bilateralen Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan, wie es das Shimla Abkommen des Jahres 1972 vorsieht, soll die Waffenstillstandslinie in eine permanente Grenze verwandelt werden. Dies würde nicht nur die enormen Kosten für die Stationierung von Truppen verringern, sondern auch die politische Lage entspannen.

Eine Wiedervereinigung der beiden Teile birgt hingegen das Risiko einer Abtrennung der Regionen Jammu und Ladakh. Auch eine Volksabstimmung, wenn sie überhaupt vernünftig durchführbar wäre, würde in den einzelnen Regionen vermutlich zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen und voraussichtlich Spaltungen auf der Basis der Religionszugehörigkeit hervorrufen.

Azadi (Unabhängigkeit) für Kashmir verlangt hingegen nicht nur den Konsens durch die Bevölkerung des Bundesstaates, sondern auch die Billigung durch die beiden Staaten Indien und Pakistan. Die Voraussetzung dazu wäre die Beendi-

gung der Feindseligkeiten zwischen diesen Staaten. Im jetzigen politischen und militärischen Spannungsfeld würde ein unabhängiges Kashmir wohl kaum Bestand haben. Auf Grund der derzeitigen katastrophalen wirtschaftliche Lage, wäre ein unabhängiges J&K ohne kräftige finanzielle Hilfe aus dem Ausland auch nicht überlebensfähig. Die 'All Party Hurriyat Conference' war nach dem Wahlsieg der NC uneinig über ihre weitere Vorgehensweise. Abdullah Farooq wiederum hat Gespräche mit ihren Repräsentanten geführt, doch mittlerweile scheinen sich die Fronten verhärtet zu haben. Es wird einerseits sehr davon abhängen, wieviel Autonomie Farooq mit der Regierung in Delhi aushandeln kann und andererseits, ob die militanten Gruppen sich damit zufriedengeben. Farooq hat jedenfalls harte Maßnahmen sowohl gegen Terror als auch gegen Menschenrechtsverletzungen angekündigt. Wenn auch unklar ist, wieweit militante Gruppen derzeit noch von der Bevölkerung unterstützt werden - nur ein für alle Beteiligten akzeptabler politischer Kompromiß kann Frieden bringen.

Autonomie muß für Kashmir noch lange nicht Verzicht auf eine Unabhängigkeit in fernerer Zukunft bedeuten, doch mit einer Anerkennung der Grenze und damit der Teilung sinken die Chancen auf Unabhängigkeit. Nach sieben Jahren des bewaffneten Kampfes geht es in Kashmir aber vorrangig um Stabilität - eine Stabilität, welche die ganze Region als eines der größten Krisenherde der Welt dringend benötigt.

Ausgewählte Bibliographie

- Amshoff, Georg, 1996: Offene Fragen nach den Lok Sabha Wahlen in Jammu & Kashmir. *Südasiens* 5, 24-25
- Beek, Martijn van & Kristoffer Brix Bertelsen, 1995: Ladakh: "Unabhängigkeit" ist nicht genug. *Südasiens* 15(6), 24-29
- Bhattacharjea, Ajit, 1994: Kashmir. *The Wounded Valley*. UBSPD. New Delhi
- Emmer, Gerhard, 1996: Ladakh Autonomous Hill Council: Chancen für eine "bessere" Zukunft? *Südasiens* 2-3, 35-40
- Ganguly, Sumit & Kanti Bajpai, 1994: India and the Crisis in Kashmir. *Asian Survey* XXXIV (5), 401-416
- Karim, Maj. Gen. (ret'd) Afsir with the Indian Defence Review Team; edited by Capt (ret'd) Bharat Verma & Manvendra Singh, 1994: Kashmir. *The Troubled Frontiers*. New Delhi: Lancer Publishers
- Lamb, Alastair, 1991: Kashmir: A Disputed Legacy, 1846-1990. Hertingfordbury: Roxford Books
- Lamb, Alastair, 1994: The Indian claim to Jammu & Kashmir: conditional accession, plebiscites and the reference to the United Nations. *Contemporary South Asia* 3(1), 67-72
- Puri, Balraj, 1995: Kashmir. *Towards Insurgency*. New Delhi: Orient Longman
- Singh, Tavleen, 1995: Kashmir. *A Tragedy of Errors*. New Delhi: Viking
- Thomas, Raju G.C., 1993: The struggle for Kashmir: alternative interpretations and solutions. *Contemporary South Asia* 2(2), 199-215